

fang Juni 1945, und: »Einheit Deutschlands sichern durch einheitliche KPD (,) einheitliches ZK (,), einheitliche Partei der Werktätigen (,), im Mittelpunkt einheitliche Partei« (S. 470). Es ist bekannt, daß die Prognose von den »zwei Deutschlands« traf, während die parteibezogene Handlungsmaxime sich als unrealistisch erwies.

*Arnold Sywottek, Hamburg*

Andreas Malycha (Hrsg.), Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ. Eine Quellenedition, Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 1995, 608 S., brosch., 120 DM.

Das vorliegende Buch ist zur rechten Zeit erschienen, um die 1996 in der Öffentlichkeit geradezu verbissen geführte Diskussion um »Zwangsvereinigung« oder »Zusammenschluß« der beiden Arbeiterparteien auf eine breitere Quellenbasis zu stellen und damit zur Objektivierung beizutragen. Wie die aktuelle Debatte gezeigt hat, ist jedoch eine »Historisierung« dieses Themas besonders schwer, weil es sich nicht nur um ein zentrales Ereignis der Parteiengeschichte von SPD und KPD handelt. Vielmehr berührt dieses traumatisch belastete Datum zentral das Selbstverständnis der heutigen SPD einerseits und der PDS als Rechtsnachfolgerin der SED andererseits. Daß die CDU den historischen Vorgang zusätzlich für ihre Interessen zu instrumentalisieren versucht, macht den Sachverhalt noch delikater und führt zu merkwürdigen politischen Allianzen.

Malychas umfangliche Dokumentation bietet ohne Zweifel eine Grundlage, über die sich künftig niemand hinwegsetzen kann, der sich ernsthaft mit der Entstehung der SED befaßt. Daß der Interpretationsstreit damit entschieden ist, wird man gleichwohl kaum erwarten können, wie beispielsweise – von der PDS-Presse abgesehen – Franz Walters im Ton reichlich polemischer, in der Sache jedoch diskussionswürdiger Artikel in der »Zeit« vom 15. März 1996 belegt. Malycha gehörte noch 1990 zu denen, die sich zwar um eine Differenzierung bemühten, aber die Charakterisierung der Fusion als »Zwangsvereinigung« ausdrücklich ablehnten und der Mehrheit beider Parteien attestierten, sie sei aus innerer Überzeugung in die Einheitspartei gegangen. Der gründliche Blick in die zahlreichen Quellen, die er für alle fünf Länder/Provinzen der SBZ im Zeitraum vom Sommer 1945 bis zum Frühjahr 1946 zusammengetragen hat, dürfte ihn mittlerweile eines Besseren belehrt haben, auch wenn er den Begriff der »Zwangsvereinigung« nach wie vor nicht gebraucht. In der Sache macht Malycha unbestreitbar deutlich, daß der massive, vor allem von seiten der SMAD ausgeübte Zwang das beherrschende Element im Vereinigungsprozeß war.

Dies war auch früher nicht unbekannt. Aber die Quellenbasis ist jetzt dank der Möglichkeit zur Auswertung der Dokumente aus dem Zentralen Parteiarchiv, dem FDGB-Archiv und allen Landesarchiven sowie aus verschiedenen Nachlässen erheblich verbreitert. Wesentlich scheint mir zu sein, daß Zwang nicht bloß als offene Gewalt verstanden wird, die es bekanntlich auch gab, sondern als ein Bündel unterschiedlicher Maßnahmen. »Auch ohne exakte Zahlen über die von der SMAD gemaßregelten und inhaftierten Sozialdemokraten«, schreibt Malycha, »geben zeitgenössische Dokumente nunmehr Aufschluß darüber, daß in nicht wenigen Orten erst psychischer Druck der Besatzungsoffiziere die Vereinigung möglich machte. [...] Die in diesen Dokumenten zum Ausdruck kommende psychologische Beeinflussung kann ohne Zweifel als eine Form der Nötigung beschrieben werden.« (S. XCIII) Gerade auf den unteren Organisations-ebenen, die Malycha ausführlich dokumentiert, wird deutlich, was sich als Fazit für den Gesamtprozeß ergibt: »Eine autonome, sich auf reifliche Überlegung und breite inner-

parteiliche Diskussion stützende Entscheidung über die Alternative, sich mit den Kommunisten zu vereinigen oder selbständig zu bleiben, konnte es aufgrund der äußeren Rahmenbedingungen für die Sozialdemokraten nicht geben.« (S. CVIII)

Sieht man von allzu offenkundigen Rechtfertigungsversuchen und Bagatellisierungen des Zwangs etwa in der Erklärung der Historischen Kommission der PDS einmal ab – die völlig verdrehte Interpretation der Ergebnisse der Berliner Urabstimmung scheint sich besonders hartnäckig zu halten –, dann bleibt im Kern die Frage nach dem »richtigen« historischen Urteil, denn der Glaube, die Quellen sprächen für sich selbst, ist in der Regel ein methodisch naiver Irrtum. Malycha gibt in seiner umfangreichen Einleitung zunächst einen minutiösen Überblick über den bisherigen Forschungsstand und zeichnet dann den komplexen Ablauf der Vereinigungstendenzen insbesondere in den Landes- und Regionalverbänden anhand der auszugsweise edierten Dokumente nach. Damit bestätigt sich zweierlei, was in den Grundzügen auch früher bereits erkennbar war: 1. Der Vorgang ist nur als Prozeß zu verstehen, in dem der anfänglich spontane, aus historischen Erfahrungen gespeiste Einheitsdrang der SPD-Anhänger, wie er typisch war für große Teile der gesamten europäischen Linken, zunächst von der KPD zurückgewiesen wurde. Die Gründe dafür sind bekannt: Stalin sorgte dafür. Die systematische Bevorzugung der KPD und Behinderung der SPD durch die sowjetischen Besatzer – mit vielen Dokumenten erneut belegt – kühlte dann jedoch die Bereitschaft zur Einheit ab. Parallel setzte eine forcierte Kampagne für die Einheit durch die KPD ein, begannen gezielte Repressionsmaßnahmen gegen Einheitsgegner. 2. In diesem Prozeß spielten die regionalen Organisationseinheiten der SPD eine Schlüsselrolle, weil sie zum einen unterschiedliche politische Positionen vertraten, zum anderen aber auch leichter und effektiver von der SMAD unter Druck zu setzen waren, so daß schließlich die anfangs ablehnende Führung im Zentralausschuß glaubte, nachgeben zu müssen, um die Partei nicht auseinanderbrechen zu lassen. Bei diesem Vorgang spielten immer noch »alte« Einheitswünsche eine Rolle, die sich aus der Erfahrung des »Dritten Reiches« speisten. Neue Überlegungen kamen hinzu, als der Druck immer größer wurde: Durch eine Flucht nach vorne glaubten viele, das sozialdemokratische Gewicht in die neue Organisation einbringen zu können, um so zu retten, was zu retten war.

In der Sache belegen die von Malycha edierten Dokumente unzweideutig, welche große Rolle der Zwang im obengenannten Sinne spielte. Gleichwohl wäre die Vorstellung abwegig, die Vereinigung sei als bürokratischer Akt auf ein Kommando von oben hin erfolgt. Die Quellen zeigen, wie groß zwar die Bereitschaft zu ehrlicher Kooperation, wie stark aber auch der Widerstand gegen eine diktierte organisatorische Verschmelzung war. Und dieser Widerstand war eben nur mit Zwang zu brechen. Warum die Vereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten in der SBZ – anders als in Osteuropa – so früh geschah, bleibt jedoch weiterhin ebenso unklar wie die Antwort auf die Frage, ob sich die sowjetische Führung über die – im Interesse ihrer eigenen deutschlandpolitischen Ziele – verheerenden Konsequenzen dieser Maßnahme vor allem im Westen annähernd im klaren war.

*Christoph Kleßmann, Potsdam*